

Bewegungen in Nord-, West- und Südafrika fordern:

Eine Wirtschaft für die Menschen statt für Profite

Erfolg für Gewerkschaften in Pakistan!

Am 13. April verzeichnete die Gewerkschaftsbewegung in Pakistan einen wichtigen Erfolg: Gewerkschafter, die in einem skandalösen Urteil des Antiterrorgerichts zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, wurden freigesprochen.

Am 20. Juli 2010 hatten die Arbeiter der zahlreichen industriellen Webereien in Faisalabad mit einem Aktionstag für die Erhöhung ihres Lohns auf den gesetzlich festgelegten Mindestlohn protestiert (siehe SOLIFONDS-Bulletin Nr. 90). In einer Fabrik kam es am Aktionstag zum Eklat, als der Besitzer die Arbeiter in der Fabrik einschloss. In der Folge erhob der Unternehmer schwere Anschuldigungen gegen 14 Gewerkschafter. Nach über einem Jahr Prozess mit zahlreichen Unregelmässigkeiten verurteilte das Antiterrorismusgericht diese zu 490 Jahren Gefängnisstrafe. Dieses Urteil wurde nun aufgehoben.

Der SOLIFONDS hatte ein von ParlamentarierInnen und GewerkschafterInnen unterstütztes Protestschreiben gegen das Skandalurteil organisiert und die Gewerkschaft mit einem Beitrag für Rechtshilfe unterstützt. Am Tag des Freispruchs schrieb uns der pakistanische Gewerkschaftsdachverband NTUF, der sich für die Freilassung der Gewerkschafter eingesetzt hatte: «Eure Solidarität war entscheidend für diesen Erfolg.»

Solche Informationen erhalten Sie in Zukunft brandaktuell über unseren Newsletter → Seite 4

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7
IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7



Welche Zukunft für Afrika? Junge TunesierInnen vor dem Denkmal für die Bootsflüchtlinge am Weltsozialforum 2015 in Tunis.
Foto: SOLIFONDS/us

In Tunesien, in mehreren Staaten Westafrikas und auch in Südafrika sind aktuell Kampagnen und Mobilisierungen im Gange oder in Vorbereitung, die das gleiche Ziel verfolgen: eine Wirtschaft, die im Dienst der Bevölkerung steht. Eine Wirtschaft also, die den Menschen dort, wo sie leben, ein Auskommen und eine Zukunft sichert.

Vier Jahre nach dem «arabischen Frühling» lässt in Tunesien der wirtschaftliche Aufschwung auf sich warten. Statt in den Ausbau der Infrastruktur, in Arbeitsplätze und Sozialprogramme fliesst ein Grossteil der Staatsgelder in den Schuldendienst. Bei den letzten Wahlen war deshalb die Abstinenz unter den Jüngeren besonders hoch. Sie sind desillusioniert und richten sich wieder vermehrt nach Europa aus, trotz aller Gefahren der Migration. In dieser Situation lanciert das Netzwerk RAID eine Kampagne für eine öffentliche Überprüfung der tunesischen Schulden. Illegitime Schulden sollen gestrichen, der Schuldendienst reduziert und die aufgezwungenen Strukturanpassungsmassnahmen abgeschafft, dem Land eine wirtschaftspolitische Perspektive eröffnet werden.

In Westafrika beschneidet der französisch-belgische Plantagenkonzern Socfin mit operativem Sitz im schweizerischen Fribourg zunehmend die Lebensgrundlagen zahlreicher Kleinbauern-Gemeinden, indem er seine Palmöl- und Kautschukplantagen laufend ausdehnt. Die Bauernorganisationen antworten mit Blockaden und Besetzungen gegen das in ihren Augen illegale und kolonialistische Vorgehen des Unternehmens. Dafür werden sie verfolgt, angeklagt und verurteilt – und in die Abwanderung getrieben.

Nachdem die LandarbeiterInnen in Südafrika vor zwei Jahren mit einem Streik die Erhöhung ihres kläglichen Lohns erreicht hatten, sahen sie sich bald einem harten Regime von Seiten der Farmer ausgesetzt. Entlassungen und Vertreibungen haben zugenommen, Arbeitsrechte werden missachtet, FarmarbeiterInnen missbräuchlich angeklagt. Sie müssen weiter für ihre Rechte kämpfen.

Eine andere Wirtschaft ist unabdingbar. Deshalb unterstützt der SOLIFONDS Initiativen von Nord- bis Südafrika, die dieses Ziel verfolgen.

Tunesien – die verlängerte Werkbank Europas

Neben Tourismus basiert die Wirtschaft des Landes auf Zubehöherproduktion für Automobilzulieferer, Dienstleistungen (z.B. aus Frankreich verlagerte Callcenter) und Textilproduktion. All diese Branchen sind von der EU inklusive Schweiz abhängig. 80 Prozent der tunesischen Exporte gingen zuletzt in die EU. Die Hälfte der Exporterlöse erwirtschaftete dabei die Textilindustrie, 2013 waren es 2,9 Milliarden US-Dollar. Tunesien ist weltweit der fünfgrösste Textilexporteur für Europa. Die Schweiz importierte aus Tunesien Waren im Wert von 216 Mio. US-Dollar, 61 Prozent davon Textilien, und exportierte selbst Waren für 678 Mio. US-Dollar – dank des Freihandelsabkommens zwischen Tunesien und EFTA weitgehend steuerfrei.

Die Bedeutung der tunesischen Textilindustrie kommt auch darin zum Ausdruck, dass sich dort 44 Prozent der industriellen Arbeitsplätze befinden. Beschäftigt werden vor allem junge Frauen. So wichtig die wirtschaftliche Bedeutung des Sektors, so prekär sind die Arbeitsbedingungen. Davon konnte sich eine SOLIFONDS-Delegation überzeugen, die im Anschluss ans Weltsozialforum Arbeiterinnen aus der Textilhochburg Moknine traf. Wie überall in der globalen Textilproduktion werden auch hier ungesunde Arbeitsbedingungen, unbezahlte Überstunden und unzureichende Löhne beklagt, ebenso wie das Verbot, sich einer Gewerkschaft anzuschliessen.

Wie rücksichtslos Unternehmen vorgehen, zeigen die Fälle von zwei Arbeiterinnen, die 2013 zusammen mit 1'800 weiteren ihre Arbeit verloren, weil der deutsche Besitzer die Produktion aus Tunesien abzog. Er blieb ihnen nicht nur mehrere Monatslöhne schuldig, sondern hatte auch die Sozialversicherungen nicht bezahlt. Dies hatte gravierende Folgen: Die 49-jährige Yamina, an schwerer Diabetes erkrankt, muss alle Medikamente selber bezahlen. Nasrine war bei einem Unfall mit dem Betriebsbus schwer verletzt worden und ist zu 70 Prozent invalid. Auch sie wird medizinisch nicht mehr betreut: Weil der Arbeitgeber den Unfall nicht deklariert hatte, wird dieser nicht als Arbeitsunfall angesehen.

Die ArbeiterInnen schufteten unter prekärsten Bedingungen, derweil fliessen zehn Prozent der Exporterlöse in den Schuldendienst gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen.

Öffentliche Überprüfung der tunesischen Staatsschulden Eine Chance für den demokratischen Wandel



Tunesische Textilarbeiterinnen: ohne Lohn entlassen, ohne Sozialversicherung. Nur schon das Überleben ist eine grosse Herausforderung.
Foto: SOLIFONDS/us

Auch vier Jahre nach dem Fall der Ben-Ali-Diktatur tut sich Tunesien schwer, aus der Krise herauszufinden. Die meisten sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren stehen auf rot. Die Wirtschaftskrise erdrückt den Grossteil der Bevölkerung. Anstatt sich ihrer Probleme anzunehmen, verfolgt der Staat weiterhin eine neoliberale Wirtschaftspolitik, kritisiert das Netzwerk für eine alternative Entwicklung (RAID)

Verschuldung: Haupthindernis für den demokratischen Wandel

In der Zeit nach der Revolution von 2011 sind die öffentlichen Schulden von 24 Milliarden Dinar auf 42 Milliarden (20 Mia. CHF) 2014 angewachsen. Das ist eine Zunahme von 75 Prozent, während gleichzeitig das Bruttoinlandprodukt um nur 27 Prozent zugenommen hat. Während Tunesien in eine gefährliche Überschuldung hineingleitet, hat sich die Wirtschaftskrise verschärft.

Die massive Zunahme der Verschuldung wurde von den Regierungen als für den wirtschaftlichen Aufschwung und die Erfüllung der Forderungen der Revolution unumgänglich dargestellt. Das sei völlig falsch, widerspricht RAID. Die neuen Darlehen dienen hauptsächlich dazu, die Schulden aus der Zeit der Ben-Ali-Diktatur im Interesse der internationalen Finanzinstitutionen zu bedienen. Sie seien eine enorme Hypothek für die Zukunft der tunesischen Bevölkerung.

Die Schuldendiktatur bekämpfen

Demokratie und eine Wirtschaftspolitik im Interesse des Landes haben nur eine Chance, wenn die Schuldendiktatur beendet wird, so RAID. Ein erster Schritt dazu ist die Überprüfung der öffentlichen Schulden. Dazu wird RAID zusammen mit den ParlamentarierInnen des Front Populaire, dem Zusammenschluss von zwölf linken Parteien und Gruppierungen, im Oktober einen Gesetzesvorschlag im Parlament einbringen. Dieser Vorschlag beinhaltet drei Forderungen: ein Moratorium für den Schuldendienst bis zum Ende der Überprüfung, die Bildung einer unabhängigen Kommission mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und schliesslich die Annullierung jener Schulden, die von der Kommission als illegitim definiert werden.

Das Netzwerk für eine alternative Entwicklung RAID rechnet sich gute Chancen aus, dass der Vorschlag im Parlament angenommen wird. Um jedoch das Wissen über illegitime Schulden und das Mittel einer Überprüfung bei der Bevölkerung, den Medien und ParlamentarierInnen zu vertiefen und gleichzeitig den politischen Druck zu erhöhen, führt RAID bis zur Einreichung des Gesetzesvorschlags eine vom SOLIFONDS unterstützte Informationskampagne durch.

Freilassung der Gefangenen, Schluss mit «Land Grabbing» Kampagne von betroffenen Kleinbauern in Westafrika und Kambodscha



In verschiedenen Ländern Westafrikas protestieren Kleinbauern und -bäuerinnen gegen den Landraub durch Agromultis. Foto: ReAct

Ihre Wälder seien zerstört und 40'000 Hektaren Land seien ihnen weggenommen worden, klagen 6'000 Kleinbauern und -bäuerinnen aus Kamerun. Hinter dem Land Grabbing steht das Agrarunternehmen Socapalm, das zu Socfin gehört, einem der weltweit grössten Palmöl- und Kautschukproduzenten. Socfin hat in den letzten Jahren die Produktion in Westafrika auf 108'465 Hektaren ausgedehnt.

Internationale Allianz gegen Land Grabbing

Um gemeinsam gegen das Gebaren von Socfin vorzugehen, haben sich Kleinbauern und -bäuerinnen aus Kambodscha, der Elfenbeinküste, Liberia, Sierra Leone und Kamerun 2014 zur «Internationalen Allianz der AnwohnerInnen von Socfin-Plantagen» zusammengeschlossen. Im vergangenen Herbst kam es zu ersten Gesprächen mit der Gruppe Bolloré, Hauptaktionärin von Socfin, die Entgegenkommen signalisierte.

Anstatt dass dieser Dialog weitergeführt wurde, setzte Socfin Anfang Jahr jedoch auf Repression. In einem persönlichen Gespräch soll de Traux de Wardin, Aktionär und Direktor von Socfin, festgehalten haben, dass das Unternehmen seit über 40 Jahren Plantagen in Afrika führe und wisse, wie mit der lokalen Bevölkerung umzugehen sei. Es sei nicht die Abteilung für soziale Unternehmensverantwortung bei Bolloré, die Socfin lehren müsste, wie eine Plantage zu managen sei. Der Präsident der Allianz gegen Land Grabbing, Sare Tchrouin, stellt diesbezüglich fest, dass Socfin nur mit den öffentlichen Behörden verhandelt, bei denen Korruption an der Tagesordnung sei, und nicht mit der betroffenen Bevölkerung. Und dass Socfin auf Repression setzt.

Kriminalisierung statt Verhandlungen

Am 5. Januar wurden in Liberia fünf Vertreter von betroffenen Gemeinden verhaftet, nach deren Aussagen auf Geheiss des Unternehmens, als sie auf dem Weg zum Sitz der Direktion der lokalen Socfin-Plantage waren. Sie werden des Aufrufs zur Revolte und der Behinderung wirtschaftlicher Aktivitäten beschuldigt. In Sierra Leone sind fünf Vertreter einer Gruppe, die das Land Grabbing von Socfin bekämpft, der Sabotage gegen das Unternehmen angeklagt. Da Socfin statt zu verhandeln auf Kriminalisierung setzt, haben die Gruppen der Internationalen Allianz in ihren Ländern mit Protestaktionen begonnen. Mit diesen soll erreicht werden, dass die Verhafteten in Liberia und Sierra Leone freikommen und die Klagen gegen sie fallengelassen werden. Weiter soll Socfin mit den Betroffenen Verhandlungen aufnehmen, damit eine einvernehmliche Lösung mit den Gemeinden gefunden werden kann. Der SOLIFONDS leistet einen Beitrag an Rechtshilfe und Reisekosten für Protestaktionen.

Landraub, Migration und Arbeit

Auszug aus der Erklärung von La Via Campesina, veröffentlicht am Weltsozialforum 2015 in Tunis:

«Heutzutage fordert das Kapital für sich ausserordentliche Freiheiten – verbunden mit grossen Einschränkungen für die Armen. Kriege, soziale Ausgrenzung, wirtschaftliche Ungerechtigkeiten oder die globale Klimakrise sind die Folgen, die unzählige Menschen zwingen, Zuflucht jenseits der international aufgezwungenen Grenzen zu suchen.

Die liberale Politik, die Freihandelsverträge, die Entwicklung der Agroindustrie und die Konzentration der Anbaugelände haben zerstörerische Auswirkungen auf Umwelt, Biodiversität, das Klima und die lokale Wirtschaft, im Speziellen auf die Kleinbauern und -bäuerinnen.



Mitglieder von La Via Campesina demonstrieren am Weltsozialforum für Ernährungssouveränität. Foto: LVC

Die kleinbäuerlichen Gemeinschaften sind von dieser aggressiven Politik ganz besonders betroffen. Ihnen wird ein Entwicklungsmodell aufgezwungen, das auf der Ressourcenausbeutung und der Bemächtigung der Gemeinschaftsgüter beruht, ebenso wie auf dem Raub von Agrarland und der Ausbeutung der Menschen, die das Land bearbeiten.

Unter den Hunderttausenden migrierenden Menschen auf der Welt findet sich deshalb ein grosser Anteil von Kleinbauern und -bäuerinnen, deren Existenzgrundlage durch die herrschende Politik zerstört wurde und die deshalb gezwungen sind, ihre Arbeitskraft fern von ihren Familien zu verkaufen. Weil wir keine Möglichkeiten haben, in unseren Ländern ein Auskommen zu finden, werden wir zu Migrantinnen und Migranten. Wir überschreiten Grenzen, um für jene zu arbeiten, die uns zwingen, unsere Länder zu verlassen.»

LandarbeiterInnen in Südafrika kämpfen weiter für ihre Würde und Rechte



Ihre wenige Habe haben sie gerettet. Nun müssen die vertriebenen Frauen ohnmächtig mitansehen, wie ihre Behausungen niedergerissen werden. Foto: TCOE

Nach einem eindrücklichen Streik im Herbst 2012 mussten die Löhne der LandarbeiterInnen zwar angehoben werden, aber gleichzeitig setzte von Seiten der Farmer eine vehemente Gegenreaktion ein. Sie begannen, die Menschen, die auf den Farmen leben und arbeiten, zu entlassen und von den Farmen zu vertreiben, um sie durch LeiharbeiterInnen zu ersetzen.

Mittels Klagen Widerstand brechen

Der Druck auf die Gewerkschaft der LandarbeiterInnen CSAAWU und die Landrechtsbewegung Mawubuye hat zugenommen. Gegen die die beiden Organisationen haben Farmer wegen Unterstützung eines «illegalen» Streiks geklagt – mit Erfolg. Die Organisationen wurden verurteilt und schulden den Farmern über 110'000 Franken an Gerichts- und Anwaltskosten sowie Entschädigungsleistungen. Dabei erhält CSAAWU von seinen 3000 Mitgliedern monatlich lediglich 2300 Franken Mitgliederbeiträge. Die Gewerkschaft ist in ihrer Existenz bedroht.

Sechs Mawubuye-Anführer sind wegen unbewilligten Versammlungen und Gewalt auf öffentlichem Grund angeklagt. Jede Klage wird einzeln behandelt. Das bedeutet einen immensen juristischen und administrativen Aufwand für die Angeklagten sowie kostspielige Reisen an die Gerichtsorte.

Doch der Widerstand lebt

Durch Einsprachen konnte erreicht werden, dass Anklagen gegen einzelne Streikende abgewiesen wurden. Auch hat sich die Vernetzung unter den LandarbeiterInnen dank regelmässiger Treffen stark verbessert.

Zudem haben in sechs Fällen Vertriebene ihrerseits gegen Farmer geklagt. Ihre Vertreibung von der Farm verstosse gegen ihr Wohnrecht, argumentieren sie. Allerdings spielen gerade im Falle von Vertreibungen die Justizbehörden oft eine zwielichtige Rolle, legen sie doch die Gesetze wohlwollend für die angeklagten Farmer aus. Weiter ist eine Klage gegen einen privaten Sicherheitsangestellten hängig, der einen Arbeiter getötet hat. Ausgerechnet in diesem Fall sind jedoch die Akten verschwunden, was viel Zusatzaufwand seitens der KlägerInnen erfordert.

Augenblicklich findet ein wichtiger Teil des Kampfs der LandarbeiterInnen auf gerichtlicher Ebene statt. Es ist entscheidend, sie und ihre Organisationen dabei nicht alleine zu lassen. Deshalb leistet der SOLIFONDS Unterstützung für Rechtshilfe für CSAAWU und Mawubuye, damit die FarmarbeiterInnen zu ihrem Recht kommen.

Neu: SOLIFONDS-Newsletter

Braucht es tatsächlich noch einen weiteren Newsletter? fragen Sie möglicherweise. Ja, sagen wir, nach reiflichem Überlegen.

Unsere Informationsmöglichkeiten mit den vier Bulletins und dem Jahresbericht sind beschränkt. Aktuelle Informationen aus unserer Arbeit, Hinweise auf soziale Kämpfe, Aufrufe für Unterschriftenkampagnen, Einladungen an Veranstaltungen – allzu vieles bleibt ob der eingeschränkten Möglichkeiten bei uns hängen. Dem wollen wir begegnen, indem wir ungefähr monatlich den SOLIFONDS-Newsletter versenden. Erfahren Sie mehr abseits und gegen den Mainstream. Bestellen Sie den Newsletter über unsere Homepage www.solifonds.ch oder mail@solifonds.ch.

Konzernverantwortungsinitiative unterschreiben

Ob in Glencore-Minen, in einem Holcim-Werk in Indien oder in den Textilfabriken Asiens, die unsere Kleider herstellen – immer wieder werden die Rechte von ArbeiterInnen oder lokalen Bevölkerungen durch Konzerne mit Sitz in der Schweiz verletzt. Der SOLIFONDS unterstützt Gewerkschaften und Organisationen, die vor Ort ihre Rechte einfordern.

Freiwillige Massnahmen von Multis zum Schutz der Menschenrechte reichen nicht. Deshalb unterstützt der SOLIFONDS auch die Konzernverantwortungsinitiative. Diese fordert, dass Firmen den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt verbindlich in sämtliche Geschäftsabläufe einbauen. Diese sogenannte Sorgfaltsprüfungspflicht gilt auch für die Auslandstätigkeiten von Schweizer Unternehmen.

Helpen Sie mit, dafür zu sorgen, dass Konzerne für die Verletzung von Menschenrechten zur Verantwortung gezogen werden können, und unterschreiben Sie die Konzernverantwortungsinitiative. Der Unterschriftenbogen liegt diesem Bulletin bei.

Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»
Redaktion:
Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich